

Pulsnitzer Wochenblatt

Bezirksanzeiger

und Zeitung Postcheck-Konto Dresden 2138. Gem.-Giro-K. 146



Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Vierteljährlich M 7.50 bei freier Zustellung; bei Abholung vierteljährlich M 7.—, monatlich M 2.40, durch die Post M 8.—.

Inserate sind bis vormittags 10 Uhr anzugeben. Die sechsmal gepaltene Beitzelle (Moffe's Reilmesser 14) 100 Hq., im Bezirke der Amtshauptmannschaft 90 Hq., im Amtsgerichtsbezirke 80 Hq., Amtliche Zelle M 3.—, 2.70 und 2.40, Melame M 2.30. Bei Wiederholung Rabatt. — Zeitraumbesitzer und tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der voll. Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz, des Kommunalverbandes und Finanzamts Ramenz, der Ministerien und der Gemeindeämter des Bezirks.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Bollung, Großhörnberg, Dretzig, Hauswalde, Horn, Obersteina, Niedersteina, Betschdorf, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Wohnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265.

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr).

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 54.

Mittwoch, den 4. Mai 1921.

73. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Das Mahnverfahren

wegen der Brandversicherungsbeiträge, 1. Termin 1921, des Wasserzinses auf das Vierteljahr vom 1. 1. bis 31. 3. 1921 und des Miets- und Pachtvertragsstempels beginnt am 6. dieses Monats.

Pulsnitz, den 4. Mai 1921.

Der Rat der Stadt.

Dienstag, den 10. Mai 1921:

Krammarkt in Königsbrück.

Stadt- und landbekannt

werden Ihre Anzeigen, wenn sie in dem „Pulsnitzer Wochenblatt“ veröffentlicht werden.

Das Wichtigste.

Der Verband Sächsischer Industrieller hält seine Hauptversammlung am 11. Mai in Dresden ab. Nach amtlichen Feststellungen des Postener Ministeriums sind bereits aus den ehemals preussischen Provinzen Posen und Westpreußen rund 300 000 Deutsche ausgewandert. Reichstagspräsident Löss hat sich in das deutsche Gebiet begeben, um dort in einer Anzahl Versammlungen zu sprechen. Der „Vorwärts“ meldet, daß in Wattencheid (Rhd.) die Organisation der U. S. P. D. geschlossen zur Massarbeit demokratische übergeben ist. Die englische Regierung erwägt, um noch mehr Licht, also Kohlen, zu sparen, die Sommerzeit anstatt eine Stunde zwei Stunden vorzulegen. — In Deutschland hat man das Sparen nicht nötig! Darum gib's auch keine Sommerzeit!

Die amerikanische Ablehnung.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat durch ihren Berliner Geschäftsträger dem deutschen Kabinett mitteilen lassen, daß sie die von Deutschland übermittelten Vorschläge nicht als annehmbare Grundlage der Erörterung betrachten könne. Herr Hughes legt der deutschen Regierung nahe, „den Alliierten sofort klare, bestimmte und zweckentsprechende Vorschläge unmittelbar zu machen, die in jeder Beziehung den Verpflichtungen Deutschlands gerecht werden.“ Wir kennen die diplomatische Vorgeschichte dieser Antwort noch nicht, die, wie man weiß, ziemlich lange auf sich warten ließ. Nachdem unser letztes Reparationsprogramm in die Hände der amerikanischen Regierung gelangt war, kamen von drüben zunächst zurechtliche und hoffnungsvolle Mitteilungen und Andeutungen. Zwar hüllten sich die offiziellen Stellen in hartnäckiges Schweigen; aber von anderer, ansehnlicher wohlinformierter Seite wurde wiederholt berichtet, daß der Eindruck unseres Angebotes nicht ungünstig gewesen sei und daß die amerikanische Regierung glaube, ihre Aktion mit Aussicht auf Erfolg an die deutschen Vorschläge anknüpfen zu können. Diese optimistischen Stimmen verstummen indes ziemlich jäh, sobald bekannt geworden war, daß das Pariser Kabinett die Berliner Anerbietungen für unzureichend und unannehmbar halte. Die Nachrichten, die jetzt aus Washington eintrafen, betonten sehr lebhaft, daß Amerika unter keinen Umständen gesonnen sei, den europäischen Alliierten das deutsche Programm als Verhandlungsgrundlage aufzudrängen, wenn sie selbst nicht der Ansicht seien, daß man auf seiner Basis verhandeln könne. Die Vereinigten Staaten fühlen sich an dem Reparationsproblem nach wie vor außerordentlich interessiert und würden an den Erörterungen über seine Lösung eifrig teilnehmen. Aber sie wünschen keinen Druck auf die Kabinette von Paris und London auszuüben.

Daß sie auf einen solchen Druck verzichten, haben die Vereinigten Staaten nunmehr ausdrücklich dokumentiert, indem sie die Vermittlung ablehnten und Deutschland wieder direkt seinen europäischen Begnern gegenüberstellen. Sie haben damit faktisch unsere Verhandlungsposition wesentlich verschlechtert, die der anderen ebenso entscheidend verbessert. Wie weit die Amerikaner auf die Entschlüsse, die in den letzten Tagen in London gefaßt worden sind, tatsächlich Einfluß genommen haben, entzieht sich vorläufig unserer Kenntnis. Erst wenn das angekündigte Ultimatum in seinem Wortlaute vorliegt, werden wir beurteilen können, ob ein ernsthafter Wille die Gewaltpolitik der Sanktionen durch praktisch diskutierbare Vorschläge zu verheeren bei seiner Entstehung mitgewirkt hat. Einzelne der bisher bekannten privaten und halbamtlichen Nachrichten lassen es als möglich erscheinen, daß bei der Ausarbeitung des Planes unsere eigenen den Amerikanern übermittelten Vorschläge doch eine gewisse Rolle gespielt haben, und daß sich hinter einer letzten Juniensession, wesentlich den Bedürfnissen der alliierten deutschen Programms verbirgt. Ist das der Fall, so mag amerikanischer Einfluß dabei nicht ganz unbeteiligt gewesen sein. Ob es der Fall ist, ob der Reparationsplan des Ultimatums uns die Möglichkeit gibt, die Ruhrbesetzung zu verhüten, werden wir in kürzester Frist wissen.

Derliche und sächsische Angelegenheiten.

— (Wenn man es wüßte!) Frühlings-tage sind ins Land gekommen. Gern läßt man einmal die graue Tagesfuge hinter sich und wandert ein Stück ins Grüne. Nur ganz seelenlose Menschen werden behaupten, die Natur habe ihnen gar nichts zu sagen. Also, das Auge gleitet mit Wohlgefallen über Bach und Wiese. Es ist, als müßte man jedem langstrophigen Strauße freundlich zunkeln. Ein wunderbares Etwas, mit vielen weisagenden Hoffnungen schließt seinen Baummantel um die arme Seele. Aber dann ertappt sich der Wanderer doch bei einem Nötigen der Gedanken in jenes Alltägliche, dem er entfliehen wollte. Ein sorgendes Sinnen verdrängt das hochgestimmte Hoffen. Sonnige Frühlingslüfte kimmern — aber im Herzen will wieder schwer und trübe werden, denn man ist ins Fragen und Grübeln gekommen. Alle Frage, durchspinnen vom Persönlichen und berührt vom allgemeinen Volks- und Zeitkummer: Was soll nur noch werden? Alles ist so unklar, so ungewiß. Wenn man es wüßte! . . . Wie schwer es doch ist, den Zweifel zu bannen! Den hörenden, zermürbenden seelischen Zweifel, in dem so viele Furchtgedanken durcheinanderwirbeln! Und im Handumdrehen steht man gegen vor den schwärzesten Phantastikern, redet in allen dampfen pessimistischen Tönen von einer deutschen Zukunft, die eigentlich gar keine Zukunft mehr ist. Säghend senkt es sich auf Schöpfensmöglichkeit und Schaffensfreudigkeit. Was soll es noch? Was will man noch? Eine allerinnerste Revueflut verdrängt und verbirbt den ersten freudigen Anlauf. Man weiß ja nicht . . . Ein redliches, Herz und Hirn erfüllendes Zweifel kann sabbnen, wirklichen Fortschritt bringen, wenn es nicht beim bloßen, forwährenden Zweifel bleibt. Dem mittelbar Anregenden der Zweifel braucht nicht — Verzweiflung zu folgen. Der ehrliche Zweifel kann das Eingangstor zur Klärung, Läuterung, Tatfreudigkeit und Weltoffenheit werden. Man ringt sich durch! Nichts Besseres möchte man denn einzelnen und der Gesamtheit unseres Volkes wünschen, als daß ihm dennoch, dennoch frohe, sich innerlich und äußerlich zurechtfindende Gewißheit beschieden sei. Es gibt Ideale, Lebensgewißheiten, Herrlich und groß in ihrem Wesen und Begehren, aber sie sind manchmal, wie verschleierte Matginnen, die man nur von ferne grüßt. Romantisch, Aluzuromantisch . . . Ist da nicht wieder der Zweifel, — mit einem stillen wehmütigen Sägheln? Wie gut, daß es auch feste seelische Ueberzeugungen gibt! Helziger Glaube, schlichter Christenglaube ist immer noch seine wunderstarke Macht. Dieser Glaube ist auch von den Geistern des Zweifels bebrängt worden. Aber vielen, vielen blieb er doch eine wirkliche Gewißheit . . .

Dr. A. Sch.

— (Der Eisenbahnverkehr am Himmelfahrtstage.) Zur Behebung von Zweifeln sei darauf hingewiesen, daß am Himmelfahrtstage, 5. Mai, der Personenzugverkehr auf den Eisenbahnen im allgemeinen wie an Sonntagen durchgeführt wird.

— (Heiße Tage in Sicht?) Ein Berliner Zeitungsbericht meldet, daß eine außerordentliche Hitzewelle über Nordeuropa geht. In Christiania

wurde eine Temperatur von 24 Grad Celsius gemessen, das ist nur ein Grad weniger als die Höchsttemperatur des Sommers. Die Stadtleute flüchten vielfach in die Kühle der Berge hinaus.

— (Um die Sonntagsruhe im Friseur-gewerbe.) Bekanntlich war durch eine Verordnung der Kreishauptmannschaften für einige Sommermonate die Sonntagsarbeit in den Friseurgeschäften verboten, diese Verordnung aber dann wieder aufgehoben worden, nachdem sich der Prüfungsausschuß des Landtages in seiner Mehrheit gegen das Verbot der Sonntagsarbeit in Friseurgeschäften ausgesprochen hatte. Nunmehr will die Gewerkschaft der Friseurgehilfen die Sonntagsruhe zwangsweise herbeiführen. Sie hat beschloffen, daß die der Gewerkschaft angehörenden Friseurgehilfen vom 1. Mai ab Sonntags nicht mehr arbeiten dürfen. — Die Sonntagsarbeit ist bekanntlich eine der wesentlichsten Lebensbedingungen des Friseurgewerbes. Wenn die unter sozialistischer Führung stehende Gewerkschaft der Friseurgehilfen nunmehr diese Sonntagsarbeit mit Zwangsmitteln beseitigen will, so ist das ein neuer Beweis für die von den Sozialisten besonders in Wahlzettel so gern und hartnäckig geleugnete Mittelstandsfreundlichkeit dieser Partei.

— (Trennung der Kirchen- und Schul-dienste der Volksschullehrer.) Der Rechts-ausschuß des Landtages beschäftigte sich am Dienstag mit der Regierungsvorlage, den Entwurf eines Gesetzes über die Trennung der Kirchen- und Schuldienste der Volksschullehrer betreffend, nachdem in Zukunft mit einer Schulstelle kein Kirchendienst mehr verbunden sein darf. Von bürgerlicher Seite wurde gegen eine Bestimmung des Gesetzes, das die nach dem 30. Juni 1921 noch Kirchendienst leistenden Lehrer bei Pensionierung benachteiligt, Einspruch erhoben. Das Gesetz wurde jedoch in der Fassung der Regierung von der sozialistischen Mehrheit des Ausschusses angenommen.

— (Saatenanerkennung.) Ummeldungen zur diesjährigen Saatenanerkennung auch für Kartoffeln sind unter Benützung der hier erhältlichen Meldebücher bis spätestens zum 15. Mai an den Landeskulturrat einzureichen. Nach diesem Zeitpunkt eingehende Meldungen können nur noch ausnahmsweise gegen Erstattung der doppelten Besichtigungsgebühren angenommen werden. Diejenigen Landwirte, die bereits im Vorjahre haben anerkennen lassen und deren Bücher sich beim Landeskulturrat befinden, wollen dieselben im Falle der Wiederanmeldung baldigt zurückerfordern.

— (Buchdrucker und Rechtschreibung.) Im „Korrespondenten für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ finden wir folgende Mitteilung: „Vor kurzem hat wieder eine Sitzung des Untersuchungsausschusses für die Rechtschreibung stattgefunden. Den Teilnehmern ist strengstes Schweigeverbot auferlegt worden. Beschlossen ist die Wenderung der Rechtschreibung, Fortfall der Doppelschläufe, des Dehnungs h, des e in ie; wo indes ein Doppelsinn entstehen könnte, kann in alter Weise weitergeschrieben werden; weiter Fortfall des a, z und y, Vereinfachung der Trennungsregeln usw. Die Buchdrucker werden der Durchführung dieser Vorschläge den stärksten Widerstand ent-

